

20. Sitzung vom 12. März 1946.

Vorsitz: Hr. Kobelt.

Abwesend: -----

Schriftführer: HH. Oser und Weber.

Protokolle: -----

Schluss der Sitzung: 12 Uhr 55 Minuten.

A. Politische Angelegenheiten.

Verhandlungen mit den Alliierten in Washington.

Hr. Petitpierre verteilt den Text der Eröffnungsansprache von Herrn Minister Stückli für die Konferenz in Washington. Diese Mitteilung ist streng vertraulich zu behandeln.

Diplomatische Beziehungen zu Sowietrussland.

Hr. Petitpierre: Gestern erhielt ich ein Telegramm von Hrn. Minister Zellweger in Belgrad, wonach der Vertreter der Sowietunion erklärt hat, dass seine Regierung mit der Schweizerischen Note einverstanden sei, wenn der erste Satz ersetzt werde durch den ersten Satz der früheren Note. Wir sollten beschliessen, Herrn Minister Zellweger zu bevollmächtigen, den abgeänderten Text weiterzugeben. Die Sowietunion ist einverstanden mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen und mit der gegenseitigen Ernennung von Ministern.

Beschluss: Das politische Departement wird ermächtigt, Herrn Minister Zellweger den neuen Text der Note auszuhändigen und ihn zu bevollmächtigen, mit Russland abzuschliessen.

Lieferung von Kanonen nach Spanien:

Hr. Petitpierre kommt auf die Frage der Lieferung von Geschützen und Munition nach Spanien zu sprechen.

Präsident: Der Vollmachtenbeschluss betreffend das Verbot der Waffenausfuhr ist am 12. September 1945 aufgehoben worden. Damit ist grundsätzlich die Waffenausfuhr nicht mehr verboten. Sie ist aber trotzdem noch bewilligungspflichtig. Die Bewilligung sollte erteilt werden, wenn das Gesuch namens eines Staates gestellt wird und wenn die Lieferung nicht gegen das eigene Landesinteresse verstösst. Die fragliche Bestellung betraf 300 Kanonen und 500.000 Geschosse, ohne Hülsen und Schussladung. Die Ausfuhrbewilligung wurde nur erteilt für 100 Kanonen und 50.000 Schuss, unter der Voraussetzung, dass das erforderliche Rohmaterial beigebracht werde. Spanien hat auch Flugzeugmaterial gekauft. Die Bewilligung wurde mit Rücksicht auf die Beschäftigung der Arbeiterschaft der betreffenden Industrie erteilt.

Hr. Stampfli: Die Genfer Regierung ist vorstellig geworden und es haben sich auch verschiedene Parlamentarier dafür eingesetzt, dass diese Lieferung bewilligt werde,

Hr. Celio: Man sollte vielleicht der Presse die Auffassung des Bundesrates über diese Angelegenheit bekannt geben in einem Kommuniqué.

Hr. Nobs: Die Sache hat deshalb einen gewissen Hintergrund, weil Franko seinerzeit durch eine Revolte gegen die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Regierung ans Ruder gekommen ist. Franko muss heute versuchen, sich mit Waffengewalt gegen den Willen des spanischen Volkes an der Macht zu halten. Es könnte der Fall sein, dass die oppositionellen Kräfte mit den Mitteln der Brachialgewalt gebrochen werden sollen. Wir erscheinen als die

Helfershelfer eines Ursuprators, wenn wir Waffen liefern. Es kann sein, dass uns das einige Sympathien kosten wird und dass daraus einige Schwierigkeiten erwachsen könnten. Es würde mich interessieren zu erfahren, was Franko aus andern Staaten bezieht z.B. aus Frankreich, aus England und den Vereinigten Staaten.

Präsident: Die Lieferung ist so unbedeutend, dass sie als Unterstützung Frankos gar nicht in Betracht fällt. Es handelt sich nicht einmal um 10 Batterien. Die Angelsachsen hätten durchaus die Möglichkeit gehabt die Durchführung der Lieferung durch Italien zu unterbinden. Die ganze Aktion ist von Frankreich ausgegangen!

Hr. Petitpierre: Die Vereinigten Staaten und England halten die Handelsbeziehungen zu Spanien aufrecht. Wenn eine neue Bewilligung verlangt werden sollte, wäre die Angelegenheit neu zu prüfen. Es scheint mir nicht opportun, dass sich der ~~Bundesrat~~ Bundesrat zur Zeit in der Presse in die ganze Angelegenheit mischt. Man sollte warten und erklären, dass man die Frage prüfe.

Hr. Stampfli: Spanien ist heute für uns eines der wichtigsten Export- und Importländer. Es steht in der Handelsstatistik ungefähr an vierter Stelle. Wenn wir die Ausfuhrbewilligung zurückziehen würden, müssten wir mit der Reaktion der Frankoregierung rechnen. Damals als wir die Bewilligung erteilten, waren wir dazu berechtigt. Wir konnten ja sogar während des Krieges die Kriegführenden beliefern. Es gibt Leute, die uns empfehlen, alle Beziehungen zu Franko abzubrechen. Dann müssten wir aber auch alle Konsequenzen eines solchen Schrittes in Kauf nehmen, denn wir sind auf Spanien angewiesen. Ein Rückzug der Ausfuhrbewilligung müsste Spanien als Parteinahme für die Alliierten auffassen. Deshalb soll die erteilte Bewilligung nicht widerrufen werden, dafür soll man aber mit weiteren Bewilligungen zuwarten.

Hr. Etter: Es wäre zweckmässig, wenn man feststellen würde, wie man in London und Washington auf diese Lieferung reagiert. Ich glaube nicht, dass man dort so klar gegen Franko Stellung nimmt. Ich habe die Auffassung, dass man dort einen Kampf führt um Zeitgewinn und dass man eine Lösung sucht, die keine neuen Revolte in Spanien auslöst. Ueber die Geschichte, wie Franko ans Ruder gekommen ist, kann man sich streiten. Die sog. legale Regierung war es, die zuerst den Boden der Legalität verlassen hat. Wenn die alliierten Militärmächte in Italien die Durchführung gestatten, dann brauchen wir nicht so ängstlich zu sein. Am tiefsten hat mich beeindruckt, dass wir offenbar eine Presse haben, die auf das russische Radio so prompt reagiert.

Präsident: Es wäre gut, wenn das politische Departement feststellen wollte, was Spanien sonst an Kriegsmaterial einführt. - Es fragt sich noch, ob man der Presse heute etwas mitteilen soll.

Hr. Steiger: Wir können ganz ruhig sagen, der Bundesrat hat eine erste Aussprache über die Angelegenheit gehabt. Die Presse könnte er sucht werden, die Diskussion in dieser Frage nicht zu stark aufzubauschen.

Schweizerische Gesandtschaft in Rom.

Hr. Petitpierre: Es scheint mir angezeigt, Herrn Rezzonico als Legationsrat nach Rom zu schicken, wo man sich darüber beschwert, dass der Minister und seine Mitarbeiter die italienische Sprache nicht beherrschen.

Einverstanden.

Internationales Komitee vom roten Kreuz. Finanzlage.

Hr. Petitpierre: Diese Angelegenheit sollte in einer der nächsten Sitzungen behandelt werden.

Hr. Nobs: Ich habe der Finanzverwaltung Weisung gegeben, die Frage der Finanzlage des roten Kreuzes wohlwollend zu prüfen, weil wir das internationale rote Kreuz nicht fallen lassen dürfen. Bestehende Mängel müssen behoben werden.

Hr. Stampfli: Ich bin gleicher Auffassung. Es scheint mir aber, dass administrativ und finanziell nicht alles in der Ordnung ist. Es gibt Mitglieder, die nicht mehr die Verantwortung für die Mittel des roten Kreuzes tragen wollen. Wir wollen auch die Sicherheit haben, dass mit den Mitteln so hausälterisch umgegangen wird, wie in allen übrigen Zweigen der Verwaltung. An unsere Hilfe müssten wir auf alle Fälle diese Bedingungen knüpfen.

Hr. Nobs: Ich erinnere an die Akten Budapest. Man sollte uns darüber berichten, welche Herren des Komitees zurückgetreten sind und mit welcher Begründung. Wir müssen verlangen, dass reiner Tisch gemacht wird mit allen Ungehörigkeiten.

Präsident: Diese Abklärung muss mit Beschleunigung herbeigeführt werden. Es hat zwei Tendenzen, diejenige von Max Huber, die dahingeht, allen menschlichen Wesen zu helfen; es gibt andere die sagen, das Rote Kreuz kann nicht noch weitere Aufgaben übernehmen.

Hr. Nobs: Es ist jedenfalls ein Unternehmen, das nie mit dem Geld gerechnet hat.

Das Finanzdepartement sollte das Kontrollrecht über die Geschäftsführung des Roten Kreuzes erhalten.

Herr Etter: Als Mitglied des Komitees vom Roten Kreuz möchte ich danken für die positive Einstellung der Herren Kollegen. Man muss unterscheiden zwischen dem, was an der Peripherie liegt und dem was substantiell ist. Die vorgekommenen Verfehlungen liegen bei den Aussenstationen. Es handelt sich z.B. unter anderm um Fälle von Schwarzhandel ~~mit~~ ~~Lebensmitteln~~ ~~die~~ ~~für~~ ~~Notleidende~~ ~~bestimmt~~ ~~waren~~, verschuldet durch Vertreter des Roten Kreuzes im Ausland. Die Differenzen im Komitee drehen sich mehr um das Tätigkeitsgebiet des Roten Kreuzes als um ~~die~~ ~~finanzielle~~ ~~Verwaltung~~. Ich glaube auch eher, dass das Komitee sich auf gewisse Aufgaben beschränken und seine Leistungen nicht zu stark zersplittern sollte. Der Geist der Mitglieder ist nach wie vor ein ausgezeichneter.

Reorganisation des politischen Departements.

Hr. Petitpierre: Sie haben ~~keinen~~ Entwurf für die geplante Neuorganisation des politischen Departements erhalten. Ursprünglich bestand die Absicht drei Abteilungen und zwei Dienststellen zu schaffen. Nach Rücksprache mit dem Finanzdepartement hat man es aber für richtiger gefunden, fünf Abteilungen zu schaffen.

Die Bezeichnung "Politisches Departement" sollte geändert werden in "Departement des Aeussern".

Die Einteilung in fünf Abteilungen ist nötig, denn man hat gesehen, dass man die beiden kleineren Abteilungen, die zuerst als Dienststellen gedacht waren, nicht zu einer Abteilung zusammenfassen kann, ~~wegen~~ ~~der~~ ~~Verschiedenheit~~ ~~der~~ ~~Sachgebiete~~.

Hr. Stampfli: Dass die bisherige Organisation nicht mehr haltbar ist, ist unbestritten. Ich frage mich ~~daer~~, ob man jetzt nicht von einem Extrem ins andere fällt, wenn man von einer Abteilung auf fünf Abteilungen übergeht? Ich muss auf die Rückwirkungen aufmerksam machen, die sich für die andern Departemente ergeben. Die Gliederung in Abteilungen sollte in allen Departementen nach den gleichen Gesichtspunkten erfolgen. Das politische Departement sollte deshalb mit drei Abteilungen auskommen. Das Departement misst schon selber nicht allen Abteilungen die gleiche Bedeutung bei. In der Gehaltsordnung kann man ~~xxxx~~ aber nicht zwei Kategorien von Abteilungschefs neben einander haben, weil die schlechter gestellten erfahrungsgemäss nicht ruhen werden, bis sie auch so hoch kommen, wie die bevorzugten Herren Kollegen. Man sollte die Sache deshalb zurückstellen und nochmals in Verbindung mit dem Personalamt behandeln.

Präsident: Könnte man nicht die beiden kleinen Abteilungen "Sektionen" nennen und zu einer Abteilung vereinigen?

Hr. Petitpierre: Man muss einem solchen Dienst eine unabhängige Stellung geben.

Hr. Celio: Es hat mich überrascht, dass man auch eine Sektion für Transport geschaffen hat. Man riskiert mit diesen Spezialgruppen Konflikte mit andern Departementen zu schaffen.

Präsident: Bitte zu überlegen, ob es nicht mit drei Abteilungen und zwei Sektionen geht.

Hr. Nobs. Hr. Wartmann vom Personalamt hat grosse Erfahrung in diesen Dingen. Hat man zu viele Abteilungen, dann führt dies leicht dazu, dass man zu viel Personal anstellt. Auch zwischen dem Finanzdep. und dem politischen Dep. gibt es ein Gebiet, das sich überlappt. Eine Abteilung heisst "für Rechtswesen, Finanz- und Verkehrsfragen". Die genaue Abgrenzung der Kompetenzen sollte der Bundesrat treffen.

Präsident: Wir sollten einen Mitbericht des Finanzdepartements haben. Die Angelegenheit sollte vom Personalamt nochmals geprüft werden. Die Frage ist zu untersuchen, ob der Bundesrat kompetent ist, eine vollständig neue Abteilung mit einem neuen Arbeitsgebiet zu schaffen oder ob nicht hierfür eine Aenderung des Organisationsgesetzes nötig wäre.

Hr. Etter: Ich stelle eine redaktionelle Unstimmigkeit fest, zwischen dem deutschen und französischen Text. Statt "documentation" sollte es "communication" heissen. Was die Aufteilung in 5 Abteilungen betrifft, schliesse ich mich dem Antrag des polit. Dep. an. Alle Tätigkeit des politi. Dep. hat auch ein Gesicht nach aussen. Gegenüber dem Ausland kommt einem Abteilungschef etwas mehr Gewicht zu als einem Beamten ohne diese Stellung.

Ich wollte einen Vorbehalt anbringen in Bezug auf die Abteilung für Informationsdienst und kulturelle Beziehungen. "Kulturelle Beziehungen" sollte man streichen, weil die Betreuung der kulturellen Beziehungen zum Ausland zum Aufgabenkreis des Departements des Innern gehört. Wird jedoch durch eine interne Wegleitung festgelegt, wie die Arbeitsgebiete der beiden Dep. abgegrenzt werden, dann kann ich mich befriedigt erklären.

Hr. v. Steiger: Ich glaube, dass die Angelegenheit auch dem Justiz- und Polizeidep. zum Mitbericht überwiesen werden sollte. Die Schaffung ~~xxxxxxx~~ besonderer Abteilungen liegt nicht ohne weiters in der Kompetenz des Bundesrates.

Beschluss: Das Geschäft wird nochmals von den interessierten Dep. geprüft und wir in einer späteren Sitzung behandelt.

2. Schriftliche Anträge.

Politisches

Heimschaffung der Beamten der ehemaligen deutschen Vertretungen in der Schweiz.

Herr von Steiger: In diesem Antrag ist eine kleine Kapitulation enthalten. Wir geben den bisherigen Standpunkt auf, dass die Betroffenen am neuen Orte ungefährdet ankommen sollten.

Präsident: Der Antrag befriedigt mich aus dem gleichen Grunde nicht.

Herr Etter: Fällt auch Frau Köcher unter die Bestimmungen über die Heimschaffung?

Herr von Steiger: Frau Köcher gehört zum diplomatischen Personal. Der Sohn Köcher hat eine spezielle Aufenthaltsbewilligung. Wer zum Personal oder zur Familie gehört, hat mit auszureisen.

Herr Petitpierre: Ich nehme das Geschäft nochmals zurück.

Agrément für den neuen griechischen Gesandten.

Kleine Anfrage Oprecht betr. Fall Hügel.

Inneres

Ordentliche Viehzählung 1946.

Eidg. Technische Hochschule, Schenkungen der AG. J.J. Rieter & Co.

ETH "Fondation Charles Sinn".

Militär

Wahl Oberstlt. i.Gst. Frick zum II. Sektionschef.

Begnadigungsgesuche Heitz, Inderkum, Vergères.

Ausschluss von Wehrpflichtigen von der Erfüllung der Dienstpflicht.

Finanz & Zoll

Verkaufspreise der Alkoholverwaltung für Industriesprit.

Kleine Anfrage Gressot.

Volkswirtschaft Förderung der Silowirtschaft im Jahre 1946.

Wirtschaftsverhandlungen mit Polen.

Zahlungsverkehr mit Grossbritannien und den Sterlinggebieten.

Genehmigung der Akkreditive des K.E.A.

Zahlungsverkehr mit Norwegen.

Kleine Anfrage Guinand.

Absatz und Preissicherung für die inländische Wolle.

Herr Stampfli: Leute, die sich kriegswirtschaftliche Verfehlungen zuschulden haben kommen lassen, können ohne weiteres ausgeschlossen werden.

Das Post- und Eisenbahndepartement hat den Einwand erhoben, dass die Bezugspflicht von Stoffen aus inländischer Wolle für die Postverwaltung einen versteckten Beitrag an die Wollproduzenten darstellt. Das Ergebnis der Postverwaltung werde dadurch um 64'000 Fr. ungünstiger.

Die Post darf aber dieses Opfer bringen.

Präsident: Der Antrag bringt auch eine dauernde Mehrbelastung des Militärdepartementes mit sich.

Beschluss: Zustimmung.

Aufhebung der Selbstversorgepflicht der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung.

Herr Stampfli: Der Beschluss wäre in dem Sinne zu genehmigen, dass er nachher der Vollmachtenkommission unterbreitet wird.

Art. 6 bedeutet einen weitgehenden Eingriff in die Eigentumsrechte der betreffenden Eigentümer. Weil es sich um Land handelt, das mit grossen Beiträgen der öffentlichen Hand melioriert wurde, lässt sich dieser Eingriff rechtfertigen. Man muss verhindern können, dass das meliorierte Land in der gewünschten Weise verpachtet und als Bauland verwendet wird. Wir sollten bestimmen können, dass das Land weiter als Ackerland Bestand haben muss.

Beschluss: Das Geschäft wird heute verabschiedet und der Mitbericht des Justizdepartementes wird dem Volkswirtschaftsdepartement nachträglich zur Kenntnis gebracht.

Herr Etter: Die Möglichkeit der Anordnung einer Zwangspacht sollte ausdrücklich auf Boden beschränkt werden, der im Rahmen des ausserordentlichen Meliorationsprogrammes melioriert wurde.

Herr Stampfli: Einverstanden.

3. Allgemeine Umfrage.

Erweiterung des Artillerie-Schiessplatzes Frauenfeld im Zusammenhang mit dem Flugplatz Kloten.

Herr Celio: Man sollte nochmals darüber reden, ob man nicht lediglich das Prinzip, dass man bestehende Artillerie-Schiessplätze erweitern werde, festlegen sollte, ohne die Lösung Schiessplatz Frauenfeld zu erwähnen. Das wäre für die Vorlage einen Vorteil. Wenn der Chef des Militärdepartementes allerdings glaubt, dass man heute schon entscheiden müsse, wo der Artillerie-Schiessplatz hinkommt, kann ich mich unterziehen.

Präsident: Man darf den Waffenplatz Kloten nicht preisgeben, ohne dass wir einen Ersatz haben. Nachdem Rothenthurm nicht in Frage kommt, wegen den Kosten, ist die einzige Möglichkeit der Ausbau der bestehenden Artillerie-Waffenplätze. Sollen wir kapitulieren? Dann müssen wir den Zürchern sagen, sie sollen einen andern Flugplatz suchen.

- Die übrigen Ausführungen sind eine Wiederholung der Darstellung vom 8. März 1946.

Herr Nobs: Es scheint, dass es wünschenswert wäre, wenn das Departement seine Bemühungen in Frauenfeld noch fortsetzen würde, im Sinne der gemachten Ausführungen, dass man sich auf ein Minimum beschränken sollte, dass man bereit sei, Ersatzland zu bieten und mit den Grundeigentümern über die Entschädigungen zu verhandeln. Vielleicht ist die Opposition nicht so gross. Es ist mir nicht recht verständlich, dass die Geschichte so gross aufgeblasen wird.

Präsident: 1. Wir müssen uns bereit erklären zu verhandeln, ob bezüglich der Abtretung von Land eine Lösung gefunden werden kann.

2. Wir dürfen niemals den bestehenden Waffenplatz Kloten abtreten ohne die Gewissheit, dass wir dafür Ersatz bekommen.

Herr Celio: Der Grosse Rat des Kantons Thurgau hat einstimmig eine Resolution gegen die Erweiterung des Waffenplatzes Frauenfeld gefasst und der Regierungsrat war einstimmig damit einverstanden. Der Bundesrat muss schauen, dass diese Opposition besänftigt wird. Man sollte erklären, dass man noch darüber verhandeln könne, wie die Frage des Schiessplatzes schliesslich gelöst werden soll.

Präsident: Diese Frage ist abgeklärt.

Herr Celio: Man muss auch damit rechnen, dass die Militärkredite beschränkt werden. Auch damit müsste man eine Lösung finden. Deshalb sollte man eine gewisse Befriedigungserklärung abgeben.

Herr Nobs: Weiss man in Frauenfeld, dass der bestehende Schiessplatz ausfallen müsste, wenn er nicht erweitert wird? Sind vor allem die Interessenten am Bestehen des Schiessplatzes in Frauenfeld darüber orientiert? Besteht nicht die Möglichkeit, den Schiessplatz Bière so zu erweitern, dass man auf die Erweiterung von Frauenfeld verzichten kann?

Präsident: Dann werden die gleichen Schwierigkeiten mit Bière entstehen. Die Möglichkeiten sind zudem dort beschränkt.

- Herr Stampfli: Man muss nicht nur mit der Einwendung derjenigen Kreise rechnen, von denen Herr Celio bisher gesprochen hat. Man muss auch mit der Einwendung der Offiziere rechnen, die zuerst wissen wollen, wie weit man in Zukunft die Artillerie noch nötig hat. In Offizierskreisen wurde erklärt, das EMD müsse zuerst berichten, was es für Ideen habe mit Bezug auf die Feldart. Ob man diese nicht zu Gunsten der Raketen-Artillerie aufgeben sollte? Bei meiner Besprechung mit Herrn Altwegg hatte ich den Eindruck, dass die ganze Opposition keine künstliche Mache ist, sondern die einmütige Auffassung des ganzen Grossen Rates und der ganzen thurgauischen Abordnung. Es wäre deshalb besser, die Behandlung der Vorlage zu verschieben.

Herr Etter: Ich bin auch für Verschiebung, wenn die Opposition so gross ist. Sollte man auf Rothenthurm zurückkommen, müsste man mit der geschlossenen Opposition des ganzen Kantons Zug rechnen.

Präsident: Die Auffassung, dass keine Artillerie mehr nötig sein werde, ist irrig. Die Raketen-Artillerie wird nicht als Ersatz für die Feldartillerie kommen. Für die Raketen-Artillerie brauchen wir noch grössere Schiessplätze.

Herr Celio: Man sollte der Kommission den Antrag auf Verschiebung stellen.

Präsident: Die Kommission tritt morgen zusammen. Wir sind seit 2 Jahren mit den Gemeinden in Verhandlung gestanden. Die Vergrösserung, die neu dazu kommt, ist minim gegenüber dem was schon vorher geplant war. Wir sind überzeugt, dass weitgehend Realersatz geboten werden kann. Der Grosse Rat ist unrichtig orientiert worden durch Angabe von falschen Zahlen, so ist z.B. die Zahl der Schiesstage doppelt so gross angegeben worden, als sie wirklich ist. Herr Oberst Holliger hat im Grossen Rat erklärt, das sei nicht notwendig, man habe andere Möglichkeiten. Er hat aber nicht sagen können wo.

Herr Nobs: Man sollte der Kommission Zahlen unterbreiten können. Man sollte bekannt geben, welches der äusserste Bedarf an Boden ist. und was man an Realersatz bieten kann. Vielleicht hätte man Erfolg, wenn man erklären könnte, man sei in der Lage, 50-100 % Realersatz zu bieten.

Die Beratungen über die Fragen werden abgebrochen, ohne dass ein Beschluss gefasst wird.

Finanz & Zoll Altersversicherung, Nachlasssteuer.

Herr Nobs: Ich sollte möglichst bald die Stellungnahme des Bundesrates kennen zur Nachlasssteuer. Ebenso sollten wir die Frage der Steuerpflicht der Magistratspersonen bald verhandeln.

Post & Eisenbahn Bündner Begehren.

Herr Celio: Gestern bin ich mit der Abordnung des Kantons Graubünden zusammengewesen wegen der Begehren dieses Kantons betreffend Rückkauf der Rhätischen Bahnen. Die Bündner haben eingesehen, dass dieser Rückkauf für sie ein schlechtes Geschäft sein wird.

Was die Frage der Tarifiermässigung betrifft, so haben sie sich einverstanden erklärt, wenn ihnen gestattet wird, auf die Tarife der Lötschbergbahn zu gehen. Die ganze Angelegenheit müsste im Zusammenhang mit der Frage eines Finanzausgleichs zwischen den Kantonen geprüft werden. Wir werden darüber einen schriftlichen Bericht erstatten.

Herr Nobs: Ich möchte nur noch beifügen, dass eine solche Hilfe, ^{kapitalisiert,} den Bund 70 Millionen kosten wird. Nach Abschluss der Privatbahnenanierung können wir jetzt nicht nochmals mit einer solchen Summe kommen. Das würde nur neue Begehren rufen. Für das Bündnerland mit seinen Tarifen von 200 % der Bundesbahnen wäre es natürlich eine grosse Erleichterung, wenn man ihm die Kosten einer Tarifiermässigung abnehmen könnte. Es fragt sich nur, ob der Bund dazu in der Lage ist. Ich möchte so rasch wie möglich ein Zukunftbudget vorlegen. Das Budget sieht aber nicht gut aus. Mit unsern Mitteln können wir diese Leistungen nicht vollbringen.

Inneres Schweizerische Buchausstellung in London.

Herr Etter: Ich ersuche den Bundesrat, mich zu ermächtigen, den Vorsitz im Ehrenkomitee für die Schweizerische Buchausstellung in London zu übernehmen. Das englische Komitee ist schon bestellt und umfasst Namen von hohem Rang, sodass wir auch mitmachen müssen.

Der Rat ist einverstanden.
